

**Berlin gegen die Tariferhöhungen.**

Der Berliner Magistrat spricht sich in folgender Erklärung gegen die von uns erörterten Tarifpläne der Groß-Berliner Verkehrs-gesellschaften aus: „Die vorjährigen Anträge der Großen Berliner Straßenbahn auf Tariferhöhung sind vom Verbandsauschuß ein-stimmig abgelehnt worden. Maßgebend war dabei die Meinung, daß während des Krieges an eine solche Maßnahme überhaupt nicht gedacht werden dürfe. Diese Auffassung ist von den Berliner Vertretern in vollem Umfange geteilt worden. Gerade die Stadt Berlin ist am ehesten in der Lage, bei ihrer Kriegsfürsorge zu erkennen, wie schwer die große Masse der Bevölkerung davon betroffen werden würde, wenn zu den Schwierigkeiten und den Preissteigerungen in der Lebensmittelversorgung auch noch eine durch die Verhältnisse nicht unbedingt gebotene Verkehrsverteuerung hinzutrate. Seit dem vorigen Jahre hat sich ein Anlaß zur Aenderung dieser Haltung nicht ergeben. Um so weniger als weder die Große Berliner Straßenbahn, noch die Hoch- und Untergrundbahn Anträge auf Tariferhöhung gestellt haben. Soweit bis jetzt erkennbar, geht das Bestreben dahin, diesen Anstalten, die einen Gesamtverkehr von 605 Millionen Personen im Jahre haben, die Tariferhöhung künstlich aufzundtigen, weil eine solche für die Allgemeine Berliner Omnibusgesellschaft mit nur 94,6 Millionen Fahrgästen — etwa ein Achtel des ganzen Verkehrs — im Jahre unumgänglich sei.

Ueberraschend ist die Andeutung, die Stadt Berlin, die bisher einen Kriegsaufwand von 300 bis 400 Millionen gehabt hat, solle unter Einschränkung ihrer Vertragsrechte dazu beitragen, der Großen Berliner Straßenbahn, die in den ersten sechs Monaten dieses Jahres über zwei Millionen Mark mehr eingenommen hat als im gleichen Zeitraum des vergangenen Jahres, zu einer Mehreinnahme von 10 bis 12 Millionen Mark im Jahre zu verhelfen. Berlin läßt sich in dieser Frage lediglich von allgemeinen Verkehrserwägungen leiten, aber seine bestehenden Vertragsrechte wird es sich nicht verkürzen lassen.“